

Ernst Stocker hält Einzug in die Ahnengalerie

PORTRÄT Regierungsrat Ernst Stocker (SVP) hat gestern sein Porträt für die Ahnengalerie im Walcheturm enthüllt. Die Züge des Wädenswilers hat der Künstler Robert Honegger auf Leinwand gebannt.

Jeder Zürcher Regierungsrat hält am Ende seines Präsidentschaftsjahres mit einem Porträt Einzug in die Ahnengalerie im Walcheturm. Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) aus Wädenswil hat gestern sein Bildnis im Kreis der Familie enthüllt.

Er hätte sich vor vielen Jahren, als er an den Porträts vorbeischlenderte, nicht vorstellen können, dass er einst zwischen «all diesen erlauchten Personen» hängen würde, sagt Stocker. Nun habe ihn die Tradition eingeholt. Bis zur Entstehung des Bildes habe es aber einige Hindernisse zu überwinden gegeben: einen passenden Künstler zu finden und nicht tagelang Modell sitzen zu müssen.

Livezeichnung missglückt

Auf den Oberriedner Künstler Robert Honegger ist Stocker durch dessen Darstellung der Bundesräte im «Tages-Anzeiger»

aufmerksam geworden. «Für ihn sprach obendrein, dass er wie ich ein Seebueb vom linken Seeufer ist», sagt der Finanzdirektor.

Der Gerichtszeichner Honegger präferiert Livezeichnungen, deshalb habe er einen ersten Entwurf von Stocker im Rathaus gewagt. «Missglückt», sagt er. Die Distanz zum Modell sei zu gross gewesen – trotz Feldstecher. Daher musste schliesslich eine Fotografie des 62-jährigen Finanzdirektors geduldig Modell sitzen.

Auf dem Bild sitzt der Porträtierte an seinem Bürotisch, hat ein gelbes Dossier vor sich und hält einen dampfenden Kaffee in der Hand. Dass eine Fotografie als Vorlage diente, liess der Künstler an der lockeren Art erkennen, in der Stocker seine Kaffeetasse hält. «In dieser Haltung könnte niemand stundenlang verweilen», erklärt Honegger.

Eine dezente Kuh

Ganz dezent im Hintergrund sieht der aufmerksame Betrachter das Gemälde einer Kuh. Dieses Detail sei ein bewusst eingefügter Hinweis auf seine Herkunft, erklärt der ehemalige Landwirt Stocker. Sie begleite

ihn, seit er vor sieben Jahren «ins Amt der Volkswirtschaft» gewählt worden sei.

Nur geringfügig driften Regierungsrat Stocker aus Fleisch und Blut und sein Porträt in Öl auseinander. Der auffälligste Unterschied: Der eine trägt eine Krawatte, der andere nicht. Auf dem Foto, das dem Künstler als Vorlage diente, habe Stocker zwar eine Krawatte getragen, erzählt der Künstler, doch Honeggers Freundin meinte, das sehe zu sehr nach FDP aus, deshalb habe er sie weggelassen – um das Bodenständige Stockers hervorzuheben. Er könne sie aber noch hinzufügen, sagt der Künstler, nimmt kurzerhand seine eigene ab und hält sie dem gemalten Stocker vor die Brust.

Wichtiger als die Krawattenfrage war Stocker aber, dass seine Frau ihn auf dem Bild wiedererkennt. Mission erfüllt: Lobend hervorgehoben wird von den Anwesenden, unter ihnen Stockers Frau, die Ähnlichkeit des Gemäldes mit dem Original. «Der Blick, der leicht verschmitzte Ausdruck – das passt», hält seine Schwester und Hüttner Gemeindepräsidentin Verena Dressler (parteilos) fest. *Andrea Schmidler*



Mit oder ohne Krawatte? Eine Frage, die den Künstler Robert Honegger (links) bei der Gestaltung des Porträts von Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) beschäftigte. Gestern wurde es enthüllt. *Moritz Hager*

In Wädenswil soll ein Weinbauzentrum für die Deutschschweiz entstehen

WÄDENSWIL Einst genoss die Wädenswiler Weinbau-Forschungsstätte Weltruf. Sparmassnahmen zwangen sie in die Knie. Nun wird ein Neuanfang gewagt.

Wädenswil wird zum Standort für das erste und einzige Weinbauzentrum der Deutschschweiz. Im von Weinreben umrankten Kelteigebäude an der Schlossgass soll das neue Zentrum Anfang 2018 entstehen. Der Vorstand des Branchenverbandes Deutschschweizer Wein hat diese Woche grünes Licht für das Projekt gegeben. Das heisst, «es ist zu 95 Prozent sicher, dass es klappt», sagt Projektleiter Martin Wiederkehr. Im September muss noch die Delegiertenversammlung Ja sagen.

Einst war Wädenswil die Heimat einer weltbekannten Forschungs- und Bildungsstätte. Ge-gründet wurde sie 1890 vom Botaniker und Rebzüchter Hermann Müller-Thurgau. Nach ihm wurde die ebenfalls international bekannte Traubensorte Müller-Thurgau benannt. Doch in den

letzten Jahren verlor die Forschungsstätte für den Weinbau massiv an Bedeutung.

Ein Bedürfnis der Branche

Die Weinforschung ist seit 20 Jahren mit drastischen Sparmassnahmen des Bundes konfrontiert. Durch die Einsparungen 2017 sei der Beitrag nun unter «ein kritisches Minimum» gesunken, erklärt Projektleiter Wiederkehr. Die Weinbauforschung wird sich in Zukunft auf den Standort in Nyon konzentrieren. Doch: «Es ist ein grosses Bedürfnis der Weinbranche, dass auch die Deutschschweiz ein Kompetenzzentrum erhält», sagt Wiederkehr. «Wir wollen hier angewandte Forschung zum Nutzen unserer Winzer und Kellereien betreiben.» Die Branche will sich auch finanziell für das Weinbauzentrum engagieren.

In den letzten 30 Jahren haben Weine aus der Deutschschweiz einen enormen Qualitätsaufschwung erlebt, erklärt der Projektleiter des Weinbauzentrums. Die gewonnenen Erkenntnisse

wollen Weinexperten und Reb-leute weiter ausbauen. In der Deutschschweiz hat beispielsweise sich der Klimawandel zumindest auf die Öchslegrade, den Zuckergehalt der Trauben, positiv ausgewirkt: Er steigt jedes Jahr.

Das Zentrum möchte eine Anlaufstelle für Fragen von Laien, Hobby-Önologen und Feinschmeckern sein.

Geballtes Fachwissen

Wädenswil ist ein schlummern-des Weinparadies. Am Fusse der Halbinsel Au gedeiht ein ganz besonderer Rebgarten, wo rund 120 alte Schweizer Rebsorten wachsen. Mit der Fachstelle für Sensorik an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), der Forschungsanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Agroscope und dem Strickhof versammelt sich hier eine Vielzahl von versierten Fachleuten. Das Projekt wird denn auch von der ZHAW, Mitgliedern der Forschungsanstalt Agroscope, dem Strickhof sowie der Stadt vorangetrieben. *Andrea Schmidler*

«Es gibt ein Spannungs

KRIMINALITÄT Staatsanwalt und Cybercrime-Experte Stephan Walder erklärt Tricks von Onlinebetrügnern, das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit – und gibt Tipps für die Ferien.

Seltsame E-Mails von unbekannten Absendern gehören zum Büroalltag. Oft handelt es sich um Hackerangriffe. Wer macht so etwas – und warum?

Stephan Walder: Es gibt drei Kategorien: zum einen die politisch motivierten Hacker; dann zu meist jugendliche Hacker, die aus Übermut versuchen, Passwortschranken zu überwinden. Die grosse Mehrheit sind jedoch Leute, die Geld verdienen wollen. Diese Täter verstehen Cybercrime als Geschäftsmodell. Dabei kann man Geld erlangen, indem man betrügt. Meistens versenden die Täter Mails mit täuschendem Inhalt und verleiten Empfänger, Geld zu überweisen.

Wer sind die Täter?

Alle möglichen Leute: Inländer, Ausländer, Junge, Ältere, Männer, Frauen, alle sozialen Schichten und Bildungsniveaus. Den stereotypen Cyberkriminellen gibt es nicht.

Als Büroist ist man instruiert, solche E-Mails zu löschen. Wie kommen die Strafverfolger an die Täter heran?

Wir sammeln alle Spuren. Das können ganz kleine elektronische Spuren sein, Indizien, die sich dann zu einer Indizienkette verdichten. Irgendwann kommt man auf die Spur, welcher Anschluss dahinter steckt, und schliesslich, zum Teil mit Zwangsmassnahmen, Observationen oder verdeckten Ermittlungen, zur Täterschaft.

bleibt der Grossteil der Cyberkriminalität im Dunkeln, weil die Leute die E-Mails löschen und vergessen?

Es gibt natürlich trotzdem Spuren, auch wenn eine E-Mail gelöscht ist. Aber Sie haben recht: Die Dunkelziffer ist riesig. Nicht jeder erstattet Anzeige. Das ist ein Problem, denn anders als die Strasse gehört das Internet nicht dem Staat. Es ist ein ausschliesslich privates Gebilde. Eine Strasse kann man sperren. Im Internet nur schon etwas zu blockieren, ist beinahe unmöglich. Also müssen wir mit denen verhandeln, denen das Internet gehört: mit privatwirtschaftlichen Unternehmen. So erfahren wir von Vorfällen, die die betroffenen Firmen, beispielsweise Banken und Versicherungen, nicht an die grosse Glocke hängen.

Von wie vielen Fällen reden wir?

Unsere Staatsanwaltschafts- abteilung im Kompetenzzentrum Cybercrime hat momentan 196 Geschäfte. Wie viele Cybercrimefälle es jährlich schweizweit gibt, lässt sich nicht sagen. Es existiert kein nationales Lagebild. Das müssten wir dringend haben. Was es gibt, ist die nationale Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Kobik), die auf Bürgermeldungen beruht. Da redet man von 11 000 bis 13 000 Fällen jährlich. **Laut der Kantonalzürcher Kriminalstatistik 2016 nahm der Anteil gemeldeter Erpressungen zuletzt um 64 Prozent zu, wobei die Zunahme grossteils auf Internetnutzung beruhte.**

Das ist ein Phänomen, das uns wohl nicht mehr loslässt. Und es wird noch schlimmer. Die Zürcher Regierung hat das erkannt und daher Anfang Jahr eine Personalaufstockung um 20 Prozent für das Projekt Cybercrime bei der Kantonalpolizei und Staatsanwaltschaft bewilligt. **Zurück zu den seltsamen E-Mails: Soll man deswegen Anzeige erstatten?**

Ja. Diese E-Mails sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Sie stellen

kleine Einzelfälle mit zumeist geringen Schäden dar. Die Täter-schaft spekuliert darauf, dass die Betroffenen nichts machen. Zusammengekommen ergeben sich so aber immense Deliktsummen. Wir müssen diese Fälle sammeln. Eigentlich müsste man sie gesamtschweizerisch sammeln.

Genügt das? Cybercrime hält sich ja nicht an Landesgrenzen.

Richtig. Nur weil ein Schaden in der Schweiz angerichtet ist, heisst das nicht, dass der Täter auch hier ist. Wir versuchen, mit Rechtshilfe weltweit an Beweise zu kommen. Das ist aufwendig und bei Ländern wie beispielsweise China, Russland oder Benin sehr schwierig. Die Rechtshilfemechanismen funktionieren zu wenig gut.

«Ich bin gegen einen totalen Überwachungsstaat. Die Möglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden sind meines Erachtens zu Recht gesetzlich beschränkt.»

Wo sind die Hotspots der Cyberkriminalität?

Zurzeit haben wir einen Schwerpunkt mit Heiratsschwindel- und Inseratebetrugsfällen aus Benin. Es kann aber sein, dass dort lediglich ein grosser Server steht und alles umleitet.

Heiratsschwindel – was passiert dabei konkret?

Meistens bekommen gezielt Frauen eine E-Mail von einem angeblichen Manager einer Ölbohrplattform, der sich selbstständig machen will. Gemäss mitgeschickten Fotos sieht er sehr gut aus und sucht nebst der grossen Liebe auch noch einen Geldgeber zur Beteiligung an einer Ölbohrplattform. Er verspricht fantastische Gewinne und die grosse Liebe. Solche

ZUR PERSON

Stephan Walder ist Co-Leiter des Kompetenzzentrums Cybercrime, eines **Gemeinschaftsprojekts der Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich und der Kantonalpolizei Zürich**. Er befasst sich schon lange mit Cybercrime, also internetspezifischen Formen der Kriminalität. «Ich bin da reingerutscht, weil ich neben dem Studium noch

Konversationen werden über Monate aufgebaut. Ebenso geben Täter vor, Nato-Generäle zu sein, die sich mit einer hübschen jungen Frau in der Schweiz zur Ruhe setzen wollen.

Hmpf.

Sie lachen jetzt, wir eigentlich auch zu Beginn. Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung zur Opfermitverantwortung beim Betrug darf man sich nicht blindlings betrügen lassen. Die grundlegendsten Sicherheitsvorkehrungen muss das Opfer treffen. Der Arglis des Täters müssen zumutbare Vorsichtsmassnahmen entgegengelassen werden, sonst ist der Tatbestand des Betruges nicht erfüllt. Laut Schweizer Rechtsprechung darf man allerdings nicht allzu hohe Anforderungen an die Sicherheitsvorkehrungen stellen, wenn Liebe im Spiel ist. In der Schweiz gibt es zudem viele Leute, die finanziell in der Lage sind, auch grosse Geldsummen zu verschenken.

Und die steigen tatsächlich auf solche Angebote ein?

Ja, das gibt es oft. Hinzu kommen andere Betrugsformen, etwa über Geldanlagen oder Eurowechselangebote, bei denen man Falschgeld erhält, Bitcoin-Wechselgeschäfte, Paysafe-Cards, die nicht gedeckt sind. Vielfach stammen solche Angebote aus Osteuropa.

Ist das also ein weiterer Hotspot?

Ja. Es gibt Spuren aus einer Gegend in Rumänien, wo offenbar viele Cyberkriminelle sind, die Stadt Râmnicu Vâlcea hat den Übernamen «Hackerville». Hackerangriffe kommen zudem oft aus Russland, Weissrussland und der Ukraine.

Auch staatliche Sicherheitsorgane hierzulande waren schon Opfer von Hackerangriffen. Stichwort Staatstrojaneraffäre. Kann der Staat mit den Hackern mithalten?

Nein. Wir hinken immer hinterher. Solange wir die rote Laterne noch sehen, ist das kein Problem. Wir sind ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat. Da gibt es ein Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit. Ich bin gegen einen totalen Überwachungsstaat. Die Möglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden sind meines Erachtens zu Recht gesetzlich beschränkt. Die Täterschaften hingegen machen, was sie wollen, auch verbotene Sachen. Um sie zu ermitteln, dürfen wir nicht alles tun, sondern nur das, was rechtsstaatlich zulässig ist. Dadurch hinken wir zwangsweise etwas hintennach. Aber solange wir trotzdem in der Lage sind, auf rechtsstaatliche Art Beweise zu erheben und Täter zu fassen, ist das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit gewahrt.

Ist dieses Gleichgewicht derzeit gewahrt?

In der Schweiz steht es nicht schlecht darum. Punkto Überwachung reagiert man meiner Meinung nach allerdings übersensibel. Mit einer Herausgabeverfügung könnten wir über die letzten zehn Jahre Ihr Lohnkonto auswerten und hätte dadurch ein

Informatikkurse gab», sagt der 41-jährige Jurist. «Als ich 2004 anfang, war Cybercrime vor allem Kinderpornografie.» Heute beschäftigen ihn in erster Linie die grossen Cyberphänomene – **Onlinebetrüge, Phishing und Hacking**. Stephan Walder hat auch einen Lehrauftrag zum Thema Cybercrime an der Universität Luzern. *mts*